Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pf., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schnöels, Kamen

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 156 | **Donnerstag, den 7. Juli 1921** | **49. Jahrgang**

Das neue Steuerprogramm.

(Reichstagssitzung vom 6. Juli.)

Das deutsch-belgische Abkommen über die Regelung der sozialen Versicherung in den Kreisen Eupen und Malmedy und der Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsbeamtengesetzes (Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Disziplinarhofes auf 18) werden angenommen. Der Gesetzentwurf über die Beamtenvertretung wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die Annahme des Gesetzentwurfes zur Neuregelung der im Handelsgesetzbuch und der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenze. Die Gehaltsgrenze wird danach bezüglich der Schutzvorschriften von 5000 Mark auf 30 000 Mark heraufgesetzt. (§ 65 des Handelsgesetzbuches und § 133 a/b der Gewerbeordnung.) Wenn § 74 a des Handelsgesetzbuches erfolgt eine Heraufsetzung auf 12 000 und wenn § 75 b eine Heraufsetzung auf 50 000 Mark.

Zur 2. Lesung des Gesetzentwurfes über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung hat der Ausschuß die Lohnklassen verändert. Die 1. Klasse geht bis 1000 Mark, die 2. bis 3000 Mark, die 3. bis 5000 Mark, die 4. bis 7000 Mark, die 5. bis 9000 Mark, die 6. bis 12 000 Mark, die 7. bis 15 000 Mark, die 8. umfaßt die mehr als 15 000 betragenden Arbeitsverdienste. Der Steigerungssatz der Invalidenrente beträgt für jede Beitragswoche in der Lohnklasse I 10 Pfennig, in den weiteren Lohnklassen 30, 50, 70, 90 Pfennig und 1,20 Mark, 1,50 Mk., 1,80 Mk. Bis zum zum 31. Dezember 1926 werden als Wochenbeiträge in den Lohnklassen erhoben 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50, 9,00, 10,50 und 12,00 Mk. Das Gesetz wird in der Ausschußfassung angenommen.

Ebenfalls angenommen wird das Gesetz über die Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher. Zum Gesetzentwurf über die Erweiterung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge hat der Ausschuß einige Verbesserungen der Vorlage vorgenommen. U. a. soll das Wochengeld 3 Mark und das Stillgeld 1,50 Mark täglich betragen. Auch hier erfolgte die Zustimmung mit unwesentlichen Aenderungen, während weitere Anträge der Unabhängigen dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen wurden.

Es folgte dann die zurückgestellte Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister Schiffer wegen seines Verhaltens im Falle Jagow. Das Mißtrauensvotum wurde in einfacher Abstimmung gegen Kommunisten und Unabhängige abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an alle Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung und über die Erhöhung der Gehaltsgrenze in der Angestelltenversicherung wurde in 3. Lesung gegen die Kommunisten angenommen.

Der Ausschuß für Bevölkerungspolitik fordert einen Gesetzentwurf gegen den Alkoholmißbrauch, sowie Bekämpfung der Alkoholreklame auf den Reichseisenbahnen. Er fordert ferner die Regierung auf, dem Drängen auf weitere Verlängerung der Polizeistunde von Reichswegen nicht nachzugeben. Das Haus vertagt die Aussprache über diesen Gegenstand.

Das Steuerprogramm.

In der allgemeinen Aussprache über die 8. Beratung des Nachtrages zum Reichshaushaltsplan erhält zunächst das Wort

Reichskanzler Dr. Wirth:

Nach den Anregungen des Aeltestenrates will der Reichstag Anfang September zu den großen Steuervorlagen und den allgemeinen Problemen der Reparation in erster Linie Stellung nehmen. Es ist gewünscht worden, daß ich vor den Ferien die Steuerpläne der Regierung in allgemeinen Umrissen darlege. Ich habe das heute früh im Reichswirtschaftsrat getan. Seit zwei Jahren arbeiten wir an der ungeheuer schweren Aufgabe der Liquidation des Weltkrieges. Damals stand die Summe, die wir aus dem Friedensvertrag schulden würden, nicht fest. Hinzu traten die Geldentwertung und nachträgliche Kriegsausgaben. Für die Abwicklung des Krieges, den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft und unsere zerrüttete Volkskraft wurden riesige Kriegsanleihen unsichtbar aufgenommen. Der Raubbau an dem Verkehrswesen schädigte unsere ganze Volkswirtschaft. Die Entwertung des Geldes ist mit der zweite Faktor, der unsere Finanzlage bis zu gewissem Grade undurchsichtig gestaltet. Dazu kam die Forderung der Annäherung des Inlandspreises an den Weltmarktpreis, die Forderung des Ueberganges zur freien Wirtschaft. Gegenwärtig beträgt der innere Wert der Mark nur ein Zehntel der Friedensmark, während auf dem Weltmarkt die Mark dauernd schweren Schwankungen unterworfen ist. Im Innern ist unsere Papiermark nicht eine Goldmark, sondern eine Groschenmark, auf dem Weltmarkt aber noch viel weniger. Dadurch sind kolossale Verschiebungen zwischen den Rentenbesitzern und den Besitzern realer Werte herbeigeführt worden. Jede Milliarde neuer Schulden ist im Innern nichts anderes als eine Summe von 100 Millionen Goldmark. Jede Milliarde Papiermark des inneren Etats ist nur eine Summe von 100 Millionen Goldmark und jede Mark Steuern ist nur ein Friedensgroschen. Selbstverständlich ist auch jede Mark Einkommen nichts anderes als ein Groschen. Das wird aber beim Steuerzahlen von vielen vergessen. Unter diesem Gesichtswinkel will auch der gegenwärtige Etat angesehen werden. Jeder andere Vergleich bedeutet eine objektive Irreführung des deutschen Volkes. Der außerordentliche Etat von 1921 wies noch die Summe von 59 Milliarden Mark auf. Dieser außerordentliche Etat muß möglichst rasch abgebaut werden. Mit nichts wird in Deutschland mehr Unfug getrieben als mit der Beurteilung solcher Ziffern. Ich trenne scharf die Erfordernisse, die aus dem Ultimatum erwachsen, und die anderen außerordentlichen Ausgaben, z. B. die Ausgaben zur Deckung der Fehlbeträge der Reichsbetriebe, Post und Eisenbahn. Diese müssen möglichst rasch abgebaut werden. Die Ausgaben des außerordentlichen Etats dürfen nicht mit dem Kontributionsetat zusammengestellt werden, da sie dauernde Ausgaben sind. Jede Steuerpolitik muß absurdum geführt werden, wenn die Mark dauernd stürzt. Für die Kosten der Besatzung sind für das laufende Jahr 10 Milliarden eingestellt worden. Eine Festsetzung und Beschränkung der Besatzungskosten muß das allgemeine Ziel sein. Für die Sachleistungen werden wir auf Grund des Ultimatums mit 42 Milliarden in Papiermark jährlich rechnen müssen. Einschließlich der Besatzungskosten wird sich der Bedarf auf 40 bis 45 Milliarden stellen. Die laufenden Kontributionen sind aus laufenden Einnahmen zu decken. Wir werden auch vor schweren Steuern nicht zurückschrecken dürfen. Wir müssen große Einnahmequellen schaffen. Damit stehen wir vor der zweiten Etappe der deutschen Finanzreform. Nach der Reform der direkten Besteuerung muß jetzt auch die indirekte Besteuerung einer schweren Belastung unterzogen werden. Daneben muß auch die direkte Besteuerung an den noch ausbaufähigen Punkten verschärft werden. Neue Anregungen werden wir im Auge behalten, aber gerade bei den Steuern ist eine Kontinuität außerordentlich wichtig. Der Reichsfinanzminister erörtert dann im einzelnen die in Frage kommenden auszubauenden alten und die neu zu schaffenden Steuern, außer den auszubauenden Besitzsteuern eine starke Erhöhung der Körperschaftssteuer, der Steuer für Kraftfahrzeuge, eine Versicherungssteuer, Ausbau der Zuckersteuer, der Tabaksteuer, der Biersteuer, Aenderung des Branntweinmonopols, Erhöhung der Zündwarensteuer. Unbedingt erforderlich ist auch eine Erhöhung des Betrages des Reichsnotopfers, um der eingetretenen Entwertung der Mark zu entsprechen. Zwischen der Belastung der Besitzer von Realvermögen und der stärkeren Belastung der Besitzer von Papiervermögen muß ein Ausgleich durch eine neue periodisch wiederkehrende Veranlagung des Reichsnotopfers gefunden werden. Bei vorsichtiger Schätzung haben wir von dem Reichsnotopfer einen jährlichen Ertrag von 7 bis 8 Milliarden zu erwarten. Der Gedanke der Beteiligung der Industrie unterliegt der Prüfung. Es erscheint geboten, den sogenannten Nachkriegsgewinn seit dem 30. Juni 1919 oder wenigstens seit dem 31. Dezember 1919 zu erfassen. Ersparnisse sollen dabei geschont werden. Eine bedeutende Vermehrung der Einnahmen der Besitzsteuern erwarten wir durch eine Verbesserung der Steuererhebungstechnik. Bei der Einkommensteuer rechnet man durch sorgfältige Nachprüfungen und Veranlagungen auf ein Mehreinkommen von 8 Milliarden. Die Schätzungen über den Gesamtertrag können nur roh sein. Bei geringer Vermehrung der Kohlensteuer um 5% rechnen wir auf ein Mehreinkommen gegenüber dem Etat von etwa 32 bis 36 Milliarden. Die volle Durchführung der Steuergesetze sollte 80 bis 100 Milliarden einbringen. Die Kohlen sollen soweit wie möglich nutzbar gemacht werden für die Zwecke des Reiches. Die Frage der Spannung zwischen dem Inlands- und dem Auslandswert der deutschen Mark soll steuerlich gelöst werden. Ueber ein Kohlenhandelsmonopol schweben Erörterungen. Aus direkten Steuern sollen sich 40½ Milliarden ergeben, aus indirekten 36¼. Insgesamt würden 54½% aus direkter Besteuerung, 7% aus entbehrlichen Genußmitteln und 38½% aus allen übrigen Steuern ergeben. Zur Belastung des Besitzes können Länder und Gemeinden noch gesetzliche Steuern erheben. Die Lasten sind also gleichmäßig verteilt, sowohl nach sozialen Gesichtspunkten, als auch mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Tragfähigkeit. Die Minderbemittelten sollen geschont werden. Das Steuerprogramm steht erst in seinen Umrissen da. Ueber die einzelnen Vorlagen wird im Kabinett nach und nach entschieden werden. Eine Liquidation wäre für die Volkswirtschaft gefährlicher, als jede noch so schwere Besteuerung. Gerade die sozial schwächeren Teile der Bevölkerung leiden am schwersten unter der Entwertung des Geldes. Der Reichskanzler verweist auf eine Note der Garantiekommission, in der durchgreifende Reformen verlangt werden. Das ist nur möglich, wenn die großen Wunden am deutschen Volkskörper im Westen und im Osten geschlossen werden. Die Sanktionen und Pressionen schwächen den deutschen Volkskörper. Die armselige Quälerei unserer Volkswirtschaft muß aufhören. Die Politik der Sanktionen legt sich wie Mehltau auf unsere Wirtschaft. Dasselbe gilt von der Ententepolitik in Oberschlesien. (Beifall.) Wir haben den ehrlichen Willen zur Erfüllung und erwarten eine rasche Antwort der Entente über die Sanktionen und über Oberschlesien. (Beifall.)

Abg. Trimborn (Zentr.):

Wir danken dem Kanzler insbesondere für seine Bekundungen zur Frage der Sanktionen und Oberschlesien. Wir geben ihm unseren vollen Beifall, aber wir müssen doch erst die Vorlage der einzelnen Gesetze abwarten und halten deshalb eine vorzeitige Debatte nicht für angebracht.

Abg. Dr. Helfferich (D.-N.)

stimmt den letzten Worten des Reichskanzlers zu. Der Ton hätte nur noch etwas schärfer sein können. (Lebhafte Unruhe.) Seit den Tagen Karthagos war solch eine Behandlung unerhört, wie sie uns widerfahren ist. (Stürmische anhaltende Proteste der Linken, die den Redner am Weitersprechen hindern wollen. Präsident Bell vermag keine Ruhe zu stiften. Die Linke fordert, daß der Abg. Helfferich nicht weiter sprechen darf und brüllt jeden Versuch des Redners, fortzufahren, nieder. Seine Ausführungen, aus denen das Wort „Deutscher Michel" einmal heraustönt, bleibt in dem fortgesetzten Lärm absolut unverständlich. Endlich tritt Ruhe ein und Redner geht zu einer Kritik unserer jetzigen Misere über. Das Defizit für 1921 beträgt 53 Milliarden. Die dauernden Lasten betragen jährlich 3,3 Milliarden Gold. Dazu kommen die Besatzungskosten und die Ausgleichszahlungen, so daß wir jährlich eine Gesamtlast von 155 Milliarden Papiermark haben. Das kann man auf keine Weise aus dem deutschen Volkskörper herauspressen. (Sehr richtig! rechts.) Was mag nach dem Programm des Reichskanzlers für das deutsche Volk übrig sein? Es ist zu wenig zum Leben jedoch genug zum Sterben. Wir haben ein Defizit von 7 Milliarden Gold jährlich. Wie soll das aufgebracht werden? Nach der Annahme des Ultimatums ist die Mark gesunken. Dadurch kündigt sich die herannahende Krisis an. Das neue Steuerprogramm greift tief in die Substanzen des deutschen Volksvermögens ein. Wenn Sie jeden Zuwachs versteuern wollen, dann bedeutet das eine Verminderung unseres Volksvermögens auf den 10. oder 15. Teil. Davon kann unser Volk nicht leben. Herr Wirt würde so nach und nach das gesamte deutsche Volksvermögen in die Hände der Entente laufen lassen. Die Ausländer würden unsere Produktionsmittel für ein Butterbrot an sich bringen. Das Schicksal Deutschlands ist das Schicksal Europas und das der ganzen Welt. Die Erfüllung des Ultimatums ist unmöglich. Sagen Sie die Wahrheit, das ist die beste Taktik.

Abg. Keil (Soz.):

Unerhört ist das Vorgehen der Entente, aber Helfferich hat kein Recht zu Vorwürfen. (Lebh. Rufe rechts; Gegenrufe links.) Dieses Auftreten des Abg. Helfferich wird nicht nur vom deutschen Volk, sondern auch vom Auslande als Provokation empfunden. Helfferichs Zahlen sind ein Spiegelbild der gigantischen Schuld die er auf sein Haupt geladen hat. Er ist der Urheber des U-Bootkrieges, er hat Deutschlands Finanzen zerrüttet und damit den Grund zu seinem militärischen Zusammenbruch gegeben. Helfferich hat das Volk ins Unglück gestürzt. Wir wollen alles tun, um das Ultimatum zu erfüllen.

Abg. Dr. Becker (D. Vp.):

Was wir heute gehört haben, gibt uns einen kleinen Vorgeschmack von dem, was wir im Herbst zu hören bekommen. Wie in Weimar vernehmen wir das Wutgeheul der Linken gegen den Helfferich-Block. Was der Reichskanzler dargelegt hat, war so vage, daß man darüber alles mögliche und unmögliche heraushören konnte. Alle bis jetzt aufgemachten Bilanzen haben sich als unrichtig herausgestellt, weil die Faktoren unsicher und unbekannt sind. Das Defizit wächst fortwährend. Das Ultimatum ist einfach unerfüllbar. Heute haben wir hier wüste Agitationsphrasen gehört, wie sie in Wahlversammlungen im Norden Berlins üblich sein mögen. Glauben Sie (zur Linken), es würden nur in den Kreisen der Besitzenden Steuern hinterzogen und nicht auch von den Lohnempfängern? Durch die in Aussicht gestellte neue Veranlagung zum Reichsnotopfer würde man die deutsche Volkswirtschaft vollständig zum Erliegen bringen. Dagegen werden wir uns mit allen Kräften wehren. Der Gedanke, das Reich an der deutschen Industrie zu beteiligen, ist völlig abzulehnen. Zwei Tage später würde die Entente ihre Hand darauf legen. Die Parteien, die das Ultimatum angenommen haben, sollten doch die Arbeitswilligkeit der anderen erhalten. Wir sind zur Mitarbeit bereit. Wenn die Franzosen nicht die Sanktionen aufheben und Oberschlesien uns nehmen, dann können wir nichts durchführen. Dann ist das Ultimatum unerfüllbar.

Abg. Crispien (U.):

Die Empörung gegen Herrn Helfferich war der Aufschrei eines gequälten Volkes, das es nicht versteht, daß solche Leute nicht als Kriegsverbrecher zur Aburteilung kommen. Das Steuerprogramm sieht eine Erhöhung der direkten Steuern um 40 und der indirekten Steuern um 32 Milliarden vor. Es läuft also wieder auf eine Besteuerung der Arbeiterschaft hinaus. Die Beteiligung des Staates an der Industrie betrachten wir als den ersten Schritt zur Sozialisierung. Eine Gemeinschaft zwischen den Arbeitern und der Bourgeoisie gibt es nicht, nicht einmal eine oberschlesische Frage.

Abg. Heinath (D.)

Wenn nicht unsere Wirtschaft wieder erstarkt, werden wir die gewünschten Steuerergebnisse nicht herauswirtschaften können. Die einzigen Kapitalien, die wir noch besitzen, sind die geistige und die körperliche Arbeitskraft, und die sogn. Goldwerte, d. h. in erster Linie Realitäten. Bindungen und Hemmungen, die nach der Entwickelung unserer Volkswirtschaft entgegenstehen, müssen beseitigt werden.

Abg. Geier (K.):

Gegen die Steuerprojekte legen wir Verwahrung ein, da sie nur den Arbeiter treffen. Möge die Regierung nur den Besitz energisch erfassen. Auch das Reichsnotopfer ist erforderlich. Bisher hat die Lohnsteuer der Arbeiter weit mehr eingebracht, als das Notopfer. Die Regierung denkt nicht an eine Sozialisierung im allgemeinen Interesse, sondern nur an eine Verständigung mit Kapitalismus und Unternehmertum auf Kosten der Arbeiterschaft.

Nach einigen weiteren persönlichen Bemerkungen schließt die Debatte. Der Etat wird ebenso wie einige anderen angenommen. Dabei begründen die Unabhängigen einen Antrag auf Arbeiterinnenfürsorge, während Justizminister Schiffert feststellt, daß den Kapprebellen keinerlei Amnestie zugesagt sei. Ein Regierungsvertreter bemerkt, daß die Kartoffelpreise seit dem 1. Juli zurückgehen und die augenblickliche Knappheit sich lege.

Donnerstag: Kleine Vorlagen.

Die Polen als Urheber des Beuthener Zwischenfalls.

Der Zwischenfall in Beuthen stellt sich als von polnischer Seite inszeniert heraus. Die Insurgenten wollten dadurch eine Unterbrechung der Räumungsaktion herbeiführen. Der fragliche Schuß, der die bedauerlichen Ereignisse in Beuthen auslöste, fiel aus dem französischen Kasinogarten, worauf, wie auf ein Signal die Schüsse der polnischen Insurgenten aus einer Gasse folgten. Von einem dieser Schüsse wurde der als den Deutschen gegenüber sehr loyal geltende französische Major Montalegre getötet. Die ärztliche Sektion des Getöteten ergab, daß er nicht durch eine Pistolenkugel, sondern durch einen Gewehrschuß getroffen worden ist. Da die Deutschen keine Gewehre besitzen, kann der Schuß nur von polnischer Seite erfolgt sein.

General Stenger freigesprochen, Major Crusius 2 Jahre Gefängnis.

Im Kriegsbeschuldigtenprozeß gegen Generalleutnant Stenger und Major Crusius verkündet der Gerichtshof folgendes Urteil: Generalleutnant Stenger wird freigesprochen. Major Crusius wird wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis und zum Verlust des Rechtes zum Tragen der Offiziersuniform verurteilt, im übrigen freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 7. Juli. (Verschiedenes.) Vielgestaltig sind die Streitigkeiten, die im Laufe einer **Kreditstellung vor Lieferung der Ware** auftauchen können. So werden ausbedungene Akkreditive oft von dem Verpflichteten nicht sachgemäß oder dem Vertrage nicht entsprechend gestellt. Die rechtliche Entscheidung hängt gewöhnlich von den Tatsachen des einzelnen Falles ab. So kann die Vereinbarung einer alsbaldigen Eröffnung eines Akkreditivs als Bedingung in Betracht kommen, mit deren pünktlicher Erfüllung der Vertrag nach Absicht der Parteien stehen oder fallen soll. Es braucht aber jene Vereinbarung eine solche Bedeutung nicht zu haben, sodaß vor Hinfälligkeit des Vertrages die Fristsetzung gemäß § 326 BGB. erforderlich ist. Die gleiche Verpflichtung trifft die Gegenpartei. In dieser Beziehung hat das Reichsgericht nunmehr eine sehr bemeckenswerte Entscheidung gefällt. Und zwar bringt es darin zum Ausdruck, daß derjenige, der den Mangel eines Akkreditivs zu vertreten hat und zur Vorleistung verpflichtet ist, solange kein Recht hat, eine Nachfrist im Sinne von § 326 BGB. zu stellen, als er den Mangel nicht geheilt hat. Die vor Behebung des Mangels gesetzte Nachfrist aber greift nach Abstellung des Mangels nicht automatisch über, sondern muß wiederholt werden, wenn sie Wirksamkeit haben soll.

Zu Postassistenten wurden die Herren Lohsträter, Schmidt, Voß, Diening befördert.

Werbungen für die Fremdenlegion sind von den französischen Militärbehörden im besetzten Gebiet neuerdings wieder in großem Umfange vorgenommen worden und werden jetzt ganz unverhüllt betrieben. Es ist sogar vorgekommen, daß Leute auf der Straße angehalten worden sind. Auf der Kommandantur in Duisburg erfolgte in den letzten Tagen die Aufnahme von durchschnittlich 10 bis 15 jungen Leuten. Mit erhöhtem Nachdruck muß daher in der Oeffentlichkeit auf das traurige Los hingewiesen werden, welches den Fremdenlegionär erwartet. Aufgabe der Eltern und Erzieher bleibt es, durch entsprechende Aufklärung dahin zu wirken, daß nicht wertvolle Kräfte des deutschen Volkstums im Dienste eines fremdstaatlichen Militarismus weiter vergeudet werden.

(Pflichten und Rechte der Schutzpolizei.) Die Angehörigen der Schutzpolizei werden jetzt als unmittelbare Staatsbeamte angestellt, wenn deren Ausbildungszeit abgelaufen ist. Für ihre Stellung ist eine besondere gesetzliche Regelung vorgesehen. Bis dahin sind jetzt vorläufige Bestimmungen über deren Pflichten und Rechte getroffen worden. Die parteipolitische Beteiligung im Dienst, in den Unterkunftsräumen und in den Dienstgebäuden ist verboten, der Besuch parteipolitischer Versammlungen und jede sonstige parteipolitische Betätigung in Uniform untersagt. Verboten ist auch die Beteiligung an einer Organisation oder die Mitwirkung bei Bestrebungen, die die Verfassung auf nicht gesetzmäßigem Wege ändern wollen, sowie jede Betätigung in diesem Sinne. Jede Dienstverweigerung, auch Streik, sowie jede Hemmung des Dienstes ist unter allen Umständen untersagt. Zur Heirat ist die Genehmigung einzuholen. Die Anstellung erfolgt auf eine Pflichtdienstzeit von zwölf Jahren.

(Sparkassen-Reisekreditbriefe.) Wenig bekannt ist es, daß man heutzutage ohne Bargeld auf Reisen gehen kann. Fast sämtliche deutschen Sparkassen geben Reisekreditbriefe heraus. Auf Grund dieser können bei den fast 4000 deutschen Sparkassen und deren zahlreichen Zweigstellen jederzeit Abhebungen gemacht werden. Die Kosten sind äußerst gering, die Ausfertigung eines Sparkassen-Reisekreditbriefes beträgt 2 Mark, für jede Abhebung werden 10 Pfg. für je 100 Mark erhoben. Daneben wird das Guthaben aber — wie jedes Guthaben auf einem Sparbuch — bis zur jeweiligen Abhebung verzinst. Daher sollte sich jeder, bevor er auf Reisen geht, bei der Sparkasse seines Wohnortes einen Reisekreditbrief aushändigen lassen. Jede Sparkasse erteilt gern nähere Auskunft. Wer einmal die Vorteile des Reisens ohne Bargeld kennen gelernt hat, wird davon nicht wieder abkommen.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 27. Juni bis 3. Juli d. Js. zum Preise von 300 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 150 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ein Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 42 500 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechenden Preis.

(Höhere Schüler als Volksschullehrer.) Schulamtsbewerber, die am Kriege teilgenommen und vor ihrem Eintritt ins Heer einer Präparandenanstalt oder einem Seminar als Zögling angehört haben, werden seit dem vorigen Jahre mit dem Jahrgang in den Schuldienst eingestellt, dem sie vor ihrem Eintritt ins Heer angehört haben. Alle anderen Schulamtsbewerber werden erst mit dem Jahrgang eingestellt, in dem sie die erste Lehrerprüfung abgelegt haben. Diese letztere Anordnung führt zu Härten und Unbilligkeiten gegenüber den früheren Schülern höherer Lehranstalten, die nach beendetem Kriegsdienst entweder sogleich oder nach weiterem Besuch der höheren Lehranstalt in das Seminar eingetreten sind und dann die Lehramtsprüfung bestanden haben. Die Einreihung dieser Bewerber findet deshalb nach einer neuen Verfügung in der Zeit statt, zu der sie das 21. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie bei Ablegung der ersten Lehrerprüfung bereits älter als 21 Jahre waren.

Bergkamen, 7. Juli. (Tödlicher Unglücksfall.) In der Nacht von Samstag auf Sonntag verunglückte auf der hiesigen Schachtanlage der Hauer Josef Hönig durch hereinbrechende Gesteinsmassen. Der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein, denn ein ungeheurer Steinblock mußte erst entfernt werden, ehe die Leiche geborgen werden konnte.

Heeren, 7. Juli. (Abschiedsfeier.) In einer blumengeschmückten Klasse unserer evangelischen Schule hatten sich Montag nachmittag die Gemeindevertretung, die Schuldeputation und das Lehrerkollegium mit den Kindern versammelt, um Abschied zu nehmen von dem ältesten Lehrer unserer Gemeinde, Lehrer Strelle. Nach fast 40jähriger Dienstzeit tritt der treue Mann in den Ruhestand. Rektor Böckmann widmete ihm warme Worte des Dankes für seine hingebende Arbeit, die er in den 30 Jahren seiner Tätigkeit an unserer Schule den Kindern geleistet hat. Stets war Herr Trelle bereit, wenn es galt, das Interesse der Schule wahrzunehmen und in entstehende Lücken einzuspringen. Er wird bei seinen Mitarbeitern und seinen zahlreichen Schülern unvergessen bleiben. Zwei seiner Söhne hat ihm der grausame Krieg genommen, und nun wird er zu seiner einzigen Tochter nach Kanada ziehen, um dort mit seiner Familie seinen Lebensabend zu verbringen. Möge er dort im fernen Lande in Frieden den Rest seines arbeitsreichen Lebens verbringen. — Amtmann Lehmhaus sprach Herrn Trelle im Namen der Schuldeputation und Gemeindevorsteher Schönfelder im Namen der Gemeinde herzlichen Dank aus für die treu geleistete Arbeit. Herr Trelle dankte gerührt für die Beweise der Anhänglichkeit und versprach, an seinem Teile dazu beizutragen, daß das Deutschtum im Auslande wieder zu Ehren komme.

! **Hagen, 6. Juli. (Eisenbahndiebe vor Gericht.)** Vor der Hagener Strafkammer hatten sich gestern 19 Arbeiter und Angestellte der Eisenbahn wegen Gewahrsamsbruch, Diebstahl, Mundraub und Hehlerei zu verantworten. Sie waren an der Güterabfertigung im hiesigen Eilgüterbahnhof beschäftigt und haben im vergangenen Jahre Stoff, Schuhe, Gebrauchsgegenstände usw. in kleineren Mengen aus beschädigten Kisten und sonstigen Sendungen an sich genommen und für sich verbraucht, oder an Arbeitsgenossen verschenkt. Die Angeklagten, für deren Aufnahme die Anklagebank nicht ausreichte, so daß angebaut werden mußte, waren geständig. Das Gericht verhängte mit Rücksicht auf den nicht hohen Wert der entwendeten Sachen Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu sechs Monaten. Vier Angeklagte wurden freigesprochen, einigen der Verurteilten wurde Bewährungsfrist zugebilligt, jedoch mit der Auflage, daß sie bis zum 1. Oktober eine Buße von 30 Mark an die Staatskasse entrichten.

! **Kierspe, 5. Juli. (Beim Pferdeholen schwer verletzt.)** Der 8jährige Sohn Hans des Landwirts Johann Kühn zu Hohenholten wollte das Pferd von der Weide holen. Er war im Begriff, das Pferd zu besteigen und hing sich deshalb an den Hals des Pferdes, um sich so auf das Pferd zu schwingen. Er kam jedoch hierbei zu Fall und wurde von dem Pferde am Kopfe so zugerichtet, daß er einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung davontrug. Der Bedauernswerte fand Aufnahme im Lüdenscheider Krankenhause.

(b) **Meschede, 5. Juli. Ein Idyll im Forsthause** berichtet der „Mesch. Ztg." ein Jäger und Naturfreund: Vor etwa zwei Jahren fand der Revierförster im benachbarten E. im Walde eine verendete, offenbar frisch gewilderte Ricke und daneben ein kaum acht Tage altes Kitz. Das arme Tier klagte herzzerreißend und erwartete vergeblich ein Lebenszeichen von der grausam hingemordeten Mutter. Der Weidmann nahm sich sorglich des Rehleins an, zog es zu Hause mit einer Flasche groß und pflegte es, sodaß das Tierchen in der Gefangenschaft prächtig gedieh und Jung und Alt sich an dem munteren zutraulichen Treiben des Fremdlings aus dem Walde weidlich ergötzte. Im Frühjahr wollte der Förster seinem Pflegling die Freiheit wiedergeben, das Reh aber vergaß seine Freunde nicht. Wohl nahm es unbehindert seinen Weg in den nahen Wald, fand sich aber immer wieder zu dem gewohnten traulichen Heim im Forsthause ein, bis es im Laufe des Sommers zuerst mehrere Tage und schließlich wochenlang nicht mehr dort gesehen wurde. Hier und da kam es zwar noch zu kurzem Aufenthalte wieder, doch blieb es fast dauernd im Walde. Da setzte der frühe Winter ein, und das Rehlein suchte und fand wieder Schutz und Unterkunft bei seinem Pflegevater. Auch als der Frühling kam, blieb es beim Forsthause, wenn es auch wie im Jahre vorher sich vielfach im Walde aufhielt. Vor einigen Tagen nun brachte das Reh ein zierliches Kitz zur Welt, zur großen Freude des Weidmannes und aller Jagdfreunde. — Daß jagdbare Tiere in der Gefangenschaft zahm und zutraulich werden, ist nichts Außergewöhnliches; doch gehört es wohl zu den Seltenheiten, wenn ein seit längerer Zeit fast zum Haustier gewordenes Reh Junge zur Welt bringt.

! **Wanne, 5. Juli. Ein schönes Beispiel von Opferwilligkeit** wollen die Bergleute der hiesigen Zeche geben; sie wollen eine Sonderschicht verfahren für das Hilfswerk an unseren Kindern, damit recht viele durch den Hungerkrieg unterernährte, tuberkulöse, skrophulöse und rachitische Kinder in Bäder und Sommerfrischen geschickt werden können.

Die eigenen Landsleute in der Gefangenschaft mißhandelt.

(bu) **Buer, 2. Juli.** Trübe Erlebnisse aus einem französischen Gefangenenlager wurden vor der Essener Strafkammer aufgerollt. Auf der Anklagebank sitzt der ehemalige Kommandant des Kriegsgefangenenlagers von Pernan bei Soissons, der jetzige Bergmann Josef Hecker aus Buer. Die Anklage beschuldigt ihn, seine eigenen ihm unterstellten kriegsgefangenen Landsleute in der scheußlichsten Weise behandelt und mißhandelt zu haben. Der Angeklagte war in Gefangenschaft als Dolmetscher tätig und erhielt im Herbst 1918 die Führung des unter Leitung eines französischen Majors stehenden Gefangenenlagers von Pernan. Alsbald nach der Uebernahme des Lagerkommandos begann er ein scharfes Regiment über seine kriegsgefangenen Landsleute zu führen. Sämtliche Zeugen bekunden ausnahmslos, daß der Angeklagte sich in der brutalsten Weise an seinen Landsleuten vergangen hat. Vielfach erhielt eine ganze Anzahl von Gefangenen zusammen die Verpflegung, wie sie einem einzelnen Mann zustand. Sammelten sie sich dann an der Küche an, dann trieb sie der Angeklagte fort. In einem Falle schüttete er einem Gefangenen einen Kübel kochend heißen Reis über den Körper. Die ausgehungerten Gefangenen stellten sich dann im Kreise um den Mann herum und schabten den Reis von seinem Körper und verzehrten ihn. Nebenbei trieb der Angeklagte Handelsgeschäfte. Er kaufte von den Gefangenen Uhren, Ringe und andere Gegenstände, die er dann an die Franzosen weiter veräußerte. Der Staatsanwalt geißelt scharf die Verfehlungen und bedauert, daß der größte Teil unter die Amnestieverordnung des 12. Dezember 1918 fällt. Er beantragt eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren. Das Gericht glaubt, mit Rücksicht auf die Kriegsdienste mildernde Umstände nicht versagen zu sollen. Danach verurteilte die Strafkammer den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis.

*

(b) **Recklinghausen, 5. Juli. (Das bestohlene Rennpublikum!)** Eine abgefeimte Gaunerbande hat beim Pferderennen am vorletzten Sonntag mit Erfolg verschiedene Zuschauer geplündert. Sie hatten es auf die Brieftaschen und Uhren der Besucher abgesehen. Mehrere bestohlene Personen haben sich gemeldet, und der Kriminalpolizei glückte es, zwei verdächtige Männer, die sich in auffälliger Weise an andere herangedrängt haben, festzunehmen. Die beiden Verhafteten wollen aus Wien stammen und in Berlin wohnen. Hoffentlich gelingt es, die Gauner in vollem Umfange zu überführen.

** **Bethdorf, 6. Juli. Die erste Delegiertensitzung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter** fand Montag früh hier statt. Nach den Begrüßungsansprachen erstattete Imbusch den Bericht über Entwicklung und Tätigkeit der Gewerkvereine in den letzten zwei Jahren. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt 163 767; sein Vermögen beläuft sich auf 13 437 554 Mk. Am Schluß seines Vortrages beteuerte Imbusch, der Gewerkverein werde in Zukunft seiner Haltung treu bleiben und die geistige wie auch wirtschaftliche Lage des Bergmannsstandes mit Hilfe der christlichen Grundsätze zu heben bestrebt sein. Sodann sprach, unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung Dr. Braun-Köln über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren und die in ihr sich ausprägenden neuen Gedanken. Sein Ziel sei eine Neuordnung auf christlich-sozialer Grundlage.

? **Bielefeld, 6. Juli. Großen Unterschlagungen von Eisenbahnmaterial** ist die Bielefelder Eisenbahndiebstahl-Ueberwachungsstelle auf die Spur gekommen. In Minden bei der Maschinenfabrik Michelsohn kamen seit etwa dreiviertel Jahren größere Metalldiebstähle von Eisenbahnmaterial vor. Von der Mindener Kriminalpolizei waren schon zwei verdächtige Werkmeister festgenommen gewesen, mußten aber wieder freigelassen werden, weil ihnen damals nichts nachgewiesen werden konnte. Jetzt ist es den Beamten der Bielefelder Ueberwachungsstelle gelungen, diese zwei Werkmeister zu überführen, daß sie 3½ Zentner Rotgußmetall (Lager von Staatsbahnlokomotiven) und 3½ Zentner Weißgußmetall unterschlagen und verkauft haben. Bei dem Reparieren von Eisenbahnlokomotiven haben die beiden Werkmeister die Lager herausgenommen, sie geschmolzen und umgegossen und verkauft und für die Reparatur neues Material angefordert. Auch ist Metall in der Weser versenkt aufgefunden worden. Die beiden ungetreuen Angestellten sind in Haft genommen worden. Die Bielefelder Eisenbahndiebstahl-Ueberwachungsstelle hat ferner bei einer Bielefelder Firma fast 1000 Kilo Rotguß beschlagnahmt, der ausschließlich Staatsmaterial ist und höchstwahrscheinlich auch aus Diebstählen herrührt. Die Untersuchung hierüber ist im Gange.

*

Kritik am Siedlungswesen im Industriebezirk.

* **Essen, 6. Juli.** Im großen Saale des Kohlensyndikats fand eine Besprechung über die Möglichkeit einer Beschleunigung des Baues von Bergmannswohnungen statt. Ministerialdirektor Conze eröffnete die Versammlung und betonte, daß aus dem Ruhrrevier Klagen über die Langsamkeit des Baues der Bergmannswohnungen eingelaufen seien. Aufgabe dieser Besprechung sei es, die bestehenden Fehler, mögen sie in einer Ueberorganisation des gesamten Siedlungswesens oder sonstwo zu suchen sein, abzustellen. Geh. Rat Claßen, als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, erklärte, daß die stärksten Klagen aus den Bezirken Kastrop und Herne vorliegen. Darauf äußerten sich die Vertreter der einzelnen Treuhandsgesellschaften. Zunächst wurde geltend gemacht, daß ja die eigentliche Arbeit erst am 1. 1. begonnen habe. Die Hauptschwierigkeit habe im Landerwerb gelegen. Eine Landenteignung habe man möglichst vermieden. Beschwerden wurden von den Bauern allerdings geführt, daß man ihnen Land, wenn es an Straßen läge, weggenommen, das dahinter liegende Forsten- und Gemeindeland aber geschont habe. Hier muß ein gütlicher Landaustausch möglich gemacht werden. Sodann hätte die Frage der Anliegerbeiträge an die Gemeinden Schwierigkeiten gemacht. Für die Folgezeit sei diese aber auch erledigt, da die Anliegerbeiträge nach

---

Sinnspruch.

Daß eure Kinder und Greise so kranken,
Das habt ihr der Hungerblockade zu danken!

Gesprengte Fesseln

Roman von Hans Schulze.

(Nachdruck verboten.)

18. Fortsetzung.

Auch als der Wagen jetzt vor dem Herrenhause von Dombrowo vorfuhr, und der Gatte sie behutsam die Treppe zum Plateau der Gartenterrasse hinaufbegleitete, ließ sie alles über sich ergehen, wie ein mattes, krankes Kind, dem die bleierne Müdigkeit des Fiebers jeden Moment die Augen zu schließen droht.

Mit rührender Zartheit waltete der Graf um sie, nahm ihr selbst den Hut und Umhang ab und bettete sie sorgfältig auf dem großen Sofa des Speisesaales.

Wohl eine halbe Stunde lang vermied er es, obwohl ihm der erste Blick in Ruths verstörtes Gesicht gesagt hatte, daß in Sinderode eine folgenschwere Entscheidung gefallen sein mußte, mit einer Silbe auf das Resultat der Fahrt einzugehen, vielmehr plauderte er allerhand andere harmlose Gebiete, was die Kinder den Nachmittag über getrieben, daß Onkel Knauff noch bis vor kurzem auf sie gewartet habe, dann aber schließlich doch heimgefahren sei, da man allseitig angenommen, sie würde die Nacht bei Tante Ulrike verbringen.

Ruth lauschte seinen Worten mit einer Empfindung glücklicher Ruhe, in die sich seit den ersten Minuten ihrer Heimkehr allmählich die nervöse Abspannung und Erschöpfung gewandelt, mit einem Gefühl tröstender Sicherheit, daß sie ja in dieser schweren Bedrängnis ihres Herzens nicht allein stand, daß sie einen Mann zur Seite hatte, mit dem sie fest verwachsen war, der mit seiner Seele gleich ihr ein Stück ihres eigenen Selbst darstellte.

Und dann begann sie plötzlich, von einem inneren Drange getrieben, zu erzählen, mit langsamer, müder Stimme, Wort für Wort, was der Baron Sinderode zu ihr gesprochen. Sie wunderte sich selbst im geheimen darüber, daß sie bereits imstande war, so einfach und leidenschaftslos das furchtbare Ansinnen zu wiederholen, das er ihr, der Mutter, gemacht hatte.

Der Gatte lauschte ihr mit gespannter Aufmerksamkeit, still und unbeweglich; nur ein leises Zittern, das zuweilen seinen Körper überlief, bewies, mit welcher inneren Erregung er an ihren Worten Anteil nahm.

Auch jetzt, nachdem sie geendet, saß er fast eine Minute reglos, in Sinnen versunken, als müsse er den Inhalt ihres Berichtes erst noch einmal durchdenken, ehe er ihn in seinem ganzen Umfang erfaßte; dann aber kam die schmerzliche Empörung mit um so leidenschaftlicherer Gewalt zum Ausbruch.

„Das hat dir dieser Mann zu bieten gewagt!" fuhr er so ungestüm auf, daß der Sofatisch ins Wanken geriet. „Deine Hilflosigkeit und Verlassenheit hat er in dieser schmachvollen Weise ausgenützt, weil er wußte, daß ihm eine schwache Frau gegenüberstand! Noch heute nacht fahre ich nach Sinderode hinüber und lasse ihn nur aus dem Bette holen." —

Ruth tastete begütigend nach der Hand des Erregten.

„Ich habe es überwunden, Eberhard und zürne Sinderode nicht. Er hat ja doch schließlich nichts weiter getan, als das ausgesprochen, was uns unser Gewissen selbst ja schon so oft wiederholt hat!"

„Ich will es aber von niemand hören!" war die Antwort. „Ich gestehe niemand ein Urteil über unsere Vergangenheit zu, das geht nur dich und mich an! Ich bereue nichts, ich will nichts bereuen von dem, was ich getan habe. Ich leugne nicht, daß ich einst mit bewußter Absicht an Stetten Rache genommen habe für die jahrelangen Qualen, denen du durch diesen Menschen ausgesetzt gewesen warst! Mit dem festen Vorsatz, zu töten, bin ich an jenem Morgen zum Duell gefahren; kaltblütig habe ich gezielt und geschossen: ich wollte Stetten umbringen um dich zu befreien! Und als der Mann mit blutgetränktem Hemde vor mir an der Erde lag und der alte Oberabsarzt mir achselzuckend erklärte, daß die Verletzung eine sehr schwere sei, da hatte ich nur den einen Wunsch, daß sie eine tödliche sein möge! Meinetwegen war das ein Mord, ich habe es vor meinem Gewissen verantworten können: Stetten hat sein Schicksal vollauf verdient, und ich würde genau so handeln wie vor fünfundzwanzig Jahren!"

„Das bestreitet dir niemand, Eberhard, und das hat dir auch damals niemand, der die Verhältnisse kannte, bestritten. Es ist etwas anderes, worüber ich nicht hinweg komme, ich nicht und auch du nicht! Du weißt ja selbst am besten, was ich meine: es ist Georg!" — —

Der Graf sah finster vor sich hin.

Er fühlte, wie ein trotziger Entschluß der Reuelosigkeit durch diese Worte im innersten Marke getroffen ward.

Jedermann würde er imstande sein, die Stirn zu bieten, nur dem Stiefsohn nicht.

Wie er sich auch gegen die Vergangenheit zu wappnen suchte, immer wieder trat ihm dieser unlösbare Konflikt entgegen, diese Sphinx, die jeder Enträtselung spottete.

„Wir haben beide schwer gesündigt an Georg!" klang jetzt wieder die eintönige Stimme der Gattin. „Aber ich, die Mutter, habe mich am schwersten an ihm vergangen, so schwer, daß es für mich keine Sühne gibt: Die einzige wäre die, die Sinderode von mir fordert: Und das vermag ich nicht, ich kann meinem Kinde diese Schuld nicht eingestehen!"

Sie hielt einen Augenblick inne und rang nach Atem; ein wehes Gefühl saß ihr in der Kehle, daß sie fast daran zu ersticken meinte.

„Sieh, Eberhard, ich denke jetzt ganz klar: Ich durchschaue vollkommen das Netzwerk, das ich mir aus Egoismus, Angst und Liebe gewoben habe, um mich über mich selbst zu täuschen. Für mich gibt es jetzt nur noch eins, mein Kind glücklich zu machen: Das ist der letzte Wunsch meines Lebens: Ich weiß, wie Georg Käthe liebt, ich habe mich heute morgen auch überzeugt, wie Käthe an ihm hängt: Das ist die Liebe, wie sie nur einmal im Leben kommt, die große Liebe, an der sie beide zugrunde gehen, wenn ihr nicht die Erfüllung wird!"

Ein Ausdruck schwärmerischer Begeisterung trat in das verhärmte Gesicht der blassen Frau.

„Ich sehe nur eine Möglichkeit, dieser Liebe den Weg zu ebnen, indem ich aus der Welt gehe: Ich habe es bewirkt, das Glück der beiden mit erleben zu dürfen: Und mich verkriechen, von ferne stehen, das kann ich nicht! Das würde mich langsam zu Tode martern: Mein Leben ist beschlossen in dem Moment, da ich mich von den Meinen trennen muß, da meine Existenz hier in Trümmer bricht: Ich bin am Ende, ich will nichts weiter mehr als Ruhe und Frieden: Ich will sterben, damit die beiden über meinem Grabe glücklich werden können; auch Sinderode, hoffe ich, wird es sich an diesem Opfer Genüge sein lassen!" . . .

Mit einem schluchzenden Laut sank sie in die Sofaecke zurück und schlug die Hände vor das schmerzzuckende Gesicht.

In lähmendem Entsetzen saß der Gatte hilflos vor dem Jammer dieses armen, verlorenen Daseins, das das lebenslange Martyrium jetzt bis zu diesem furchtbaren Entschlusse getrieben hatte.

Sie wollte sterben, sterben für ihr Kind. . . .

(Fortf. folgt.)

größten Einheitssätzen erhoben wurden. — Im ganzen war, wie die „Rh.-Westf. Ztg." meldet, das Bild, das von dem Stande des gesamten Siedlungswesens entworfen wurde, nicht durchaus erfreulich. Ein Redner betonte, daß auch die gesamte Organisation recht unglücklich sei, da sie nun aber einmal eingeführt sei, könne man sie nicht mehr ändern. Aus einer Gewährung von sehr hohen weiteren Reichsvorschüssen glaubte man auf ein Anziehen der Baustoffpreise und Baulöhne schließen zu müssen.

*

** **Essen**, 4. Juli. **Große Warenhausdiebstähle**, die in den Sommer- und Herbstmonaten des Vorjahres in dem Hauptgeschäftsviertel in Essen, namentlich in den Geschäftshäusern in der Limbeckerstraße, verübt worden sind, beschäftigten die Essener Strafkammer. Angeklagt ist eine 9köpfige Gesellschaft von Einbrechern und Hehlern aus Essen und Düsseldorf. Die Hauptangeklagten sind die Gelegenheitsarbeiter Otto Räther und Otto Lubowski aus Essen, zwei schwer vorbestrafte junge Burschen. Beide sind nächtlicherweile in einer Reihe von Essener Geschäftshäusern eingedrungen, indem sie zumeist über die Dächer hinwegkletterten und haben Waren, namentlich Kleidungsstücke, Seidenstoffe und Pelze im Gesamtwerte von einer halben Million Mark gestohlen. In einzelnen Fällen schleppten sie Beute im Werte bis zu 150 000 Mark fort. Die gestohlenen Waren schafften sie nach Düsseldorf und brachten sie dort mit Hilfe der Mitangeklagten an den Mann. R. wurde mit einem Helfershelfer an der holländischen Grenze in dem Augenblick, wo er gestohlene Pelze im Werte von 100 000 Mk. über die Grenze schaffen wollte, verhaftet. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren 6 Monaten unter Einbeziehung zweier anderer Straftaten. Lubowski, der inzwischen bereits wegen mehrere dieser Diebstähle abgeurteilt ist, wurde freigesprochen, weil die ihm heute zur Last gelegten Straftaten als mitabgeurteilt angesehen wurden. Die übrigen Angeklagten erhielten wegen Hehlerei bezw. wegen Begünstigung Gefängnisstrafen bis zu 1 Jahr 6 Monaten. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

„=" **Elberfeld**, 6. Juli. **(Verwegene Raubüberfälle** wurden im März und April ds. Js. auf den Postämtern in Langenberg Gräfrath sowie am Endbahnhof der Schwebebahn in Vohwinkel verübt. Vermummte und mit Revolvern bewaffnete Männer drangen in die Räume ein und stahlen 6700 Mk., 4700 Mark bezw. 214,35 Mk. Vom hiesigen Schwurgericht wurde von den Tätern der Schlosser Karl Kotthauser und der Schleifer Gustav Bredtmann von Vohwinkel zu je sechs Jahren Zuchthaus, der Gürtler Erich Schulz zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen alle drei wurde auch auf fünf Jahre Ehrverlust erkannt. Ein vierter Täter wird noch auf seinen Geisteszustand untersucht.

(S) **Elberfeld**, 1. Juli. **Einen Meineid schwor** am 26. Mai 1919 der Schleifer Karl M. von Elberfeld am Landgericht in Kiel in einer Ehescheidungsklage, die ein Kieler Einwohner gegen seine Ehefrau angestrengt hatte. M. wäre für den Mann ein Kronzeuge gewesen, wenn er der Wahrheit die Ehre gegeben hätte, denn er hatte mit dem Weibe sträflichen Umgang gehabt; um es zu schonen, leugnete er bei seiner eidlichen Vernehmung diesen ehebrecherischen Verkehr. Dennoch wurde die Ehe von dem Kieler Gericht geschieden, weil die Untreue der Frau durch andere Zeugen in hinreichendem Maße festgestellt worden war. Die verworfene Person hatte sich mit der Hoffnung getragen, daß ihr Beschützer sie nunmehr zu seinem Weibe machen werde, sie merkte aber bald, daß M. sich von ihr zurückzog, und als sie eines Tages erfuhr, daß er hier mit einem braven, anständigen Mädchen die Ehe eingegangen war, klagte sie selbst ihn aus Rache beim Staatsanwalt an, daß er in der Ehescheidungsklage ihres Ehemannes unter seinem Eide zu ihren Gunsten eine falsche Aussage gemacht habe. Die Folge war, daß M. wegen Meineides unter Anklage gestellt wurde, wegen eines Verbrechens, das mit Zuchthausstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bedroht ist. Eine Ermäßigung der Strafe kann nur eintreten, wenn der Zeuge, der sich eines Meineides schuldig gemacht hat, die falsche Aussage widerruft, bevor eine Anzeige gegen ihn gemacht oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet ist, oder wenn er sich durch die Angabe der Wahrheit selbst einer strafbaren Handlung bezichtigt haben würde. Dann ist die an sich verwirkte Strafe auf die Hälfte bis zu einem Viertel zu ermäßigen. Ein solcher Fall lag hier vor, denn der Ehebruch wird nicht nur an dem schuldigen Ehegatten, sondern auch an dessen Mitschuldigen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Diese strafmildernde Bestimmung des Gesetzes war dem Angeklagten unbekannt geblieben, und er hatte deshalb bis zum heutigen Tage seine Schuld geleugnet, in der Hoffnung, dadurch dem Zuchthause zu entgehen. Heute gab er nach entsprechender Belehrung über die Sachlage den damaligen Meineid zu, so daß ein von dem Staatsanwalt aufgebrachter größerer Zeugenapparat nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Durch dieses Geständnis sicherte er sich eine recht milde Strafe. Das Gericht setzte sich unter Berücksichtigung der erwähnten strafmildernden Bestimmung eine Zuchthausstrafe von 4 Monaten und verwandelte diese in eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

„= **Remscheid**, 6. Juli. **(Flüchtig.)** Der frühere Fuhrmann Otto Knorr, ein bekannter Kommunist, der bei den vorjährigen Unruhen eine sehr rührige Rolle spielte, nachher als Hilfspolizeibeamter tätig war, und in der letzten Zeit den Posten eines Obmanns bei den städtischen Notstandsarbeiten innehatte, ist, wie die „Köln. Ztg." meldet, nach Unterschlagung von 22 000 Mark städtischen Lohngeldern geflüchtet. Das Geld war zur Auszahlung an die Notstandsarbeiter bestimmt!

? **Düsseldorf**, 5. Juli. **(Schiebungen mit Mehl.)** Die Gewerbepolizei beschlagnahmte bei den Prüfungen des Waggoninhalts auf den Güterbahnhöfen eine Sendung von etwa 100 Zentner Mehl, die im Schleichhandel an hiesige Händler verschoben werden sollten. In der Angelegenheit sind bis jetzt 5 Personen aus Düsseldorf und anderen Orten festgenommen worden.

! **M.-Gladbach**, 6. Juli. **(Eine neue Großstadt.)** Der preußische Landtag hat in seiner Sitzung vom 30. Juni den Entwurf eines Gesetzes betreffend Erweiterung des Stadtkreises M.-Gladbach in dritter Lesung einstimmig angenommen. Damit ist die Eingemeindungsfrage in allen Instanzen endgültig entschieden. Von dem Tage der Verkündigung des Gesetzes an tritt nun M.-Gladbach in die Reihe der deutschen Großstädte ein; denn die Bevölkerungszahl der Stadt steigt durch die Eingemeindung auf 110 000 Seelen. Das Flächengebiet der neuen Großstadt beträgt 7912 Hektar oder rund 80 Quadratkilometer. Damit übertrifft sie an Flächenausdehnung alle anderen Großstädte des Regierungsbezirks Düsseldorf, mit Ausnahme der Stadt Düsseldorf selbst, welche eine Größe von 11 155 Hektar hat. Durch dieses Anwachsen zur Großstadt wird M.-Gladbach noch mehr als bisher Führer und Repräsentant eines der bedeutendsten Industriebezirke am Niederrhein.

! **Neuwied**, 4. Juli. **Einen schrecklichen Fund** machten Arbeiter auf dem Wege von Solz zum Bahnhof Herschbach, indem sie ein junges Ehepaar tot in seinem Blute schwimmend auffand. Raub oder Mordanfall scheint nicht vorzuliegen, denn in einer Hand des Ehemannes fand man noch fest einen Revolver, woraus zu schließen ist, daß er zuerst seine Frau und dann sich selbst erschoß.

Frankfurt a. M., 4. Juli. **Vor der Strafkammer** wurde nach zweitägiger Verhandlung eine kurz vor Einmarsch der Franzosen in die Stadt datierte Massenverschleuderung von Heereskraftwagen abgeurteilt. Es waren Autos zu einigen hundert Mark weggegeben worden, bis der Kriegsminister telegraphisch den Schleuderverkauf untersagte. Die drei Angeklagten erhielten 8 bis 15 Monate Gefängnis.

Handel und Industrie.

(Fried. Krupp A.-G.—AEG.) Die umfangreichen Käufe, die in den Aktien der AEG. von Bankseite getätigt worden sind, hängen, wie zuverlässig verlautet, damit zusammen, daß wieder Verhandlungen zwischen der Fried. Krupp-A.-G. und der AEG. zwecks Gemeinschaftsgeschäften geführt worden sind.

(Stinnes in Tschechien?) Nachdem die Stinnesgruppe durch den Erwerb eines erheblichen Teiles der Aktien der Alpinen Montangesellschaft bereits Einfluß im österreichischen Bergbau gewonnen hat, scheint sie nunmehr auch ihre Fühler nach der Montanindustrie der Tschecho-Slowakei auszustrecken. Wie wir erfahren, fanden kürzlich in Karlsbad Besprechungen zwischen Hugo Stinnes und Freiherrn von Rothschild, dem Vorstand der bekannten Witkowitzer Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft, unter Hinzuziehung des Wiener Kohlenindustriellen Baron Gutmann statt. Vermutlich dürfte eine etwaige Interessennahme an obigem Unternehmen Gegenstand der Besprechungen gewesen sein. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist bisher nichts bekannt.

Landwirtschaft und Umlagesystem.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat, Deutsche Bauernbund, Generalverband der Raiffeisen-Genossenschaften, Reichsgrundbesitzer-Verband, Reichs-Landbund, Reichsverband der land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaften und die Vereinigung der deutschen Bauernvereine veröffentlichen folgende gemeinsame Kundgebung zur Ausführung des Umlageverfahrens in Getreide:

Die landwirtschaftlichen Körperschaften stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der völlig freien Getreidewirtschaft. Nachdem das von ihnen bekämpfte Umlageverfahren, in dem sie eine Fortsetzung der Zwangswirtschaft nur in anderer Form sehen, Gesetz geworden ist, werden die landwirtschaftlichen Körperschaften unter Berücksichtigung der dadurch geschaffenen Lage und im Interesse der Verbraucher den Landwirten schnellste Erfüllung der ihnen auferlegten Lieferungsverpflichtungen empfehlen, um sich behördliche Zwangsmaßnahmen zu ersparen und um möglichst bald freie Wahl über die Ueberschußmenge zu erhalten. Eine Mitwirkung der Landwirte bei der Durchführung des Gesetzes halten die landwirtschaftlichen Körperschaften insofern für angezeigt, als es sich darum handeln wird, in den örtlichen Feststellungskommissionen und auch sonst die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen.

Die landwirtschaftlichen Körperschaften erwarten aber, daß die Umlage der letzte zwangsmäßige Eingriff dieser Art sein und nicht über das kommende Erntejahr ausgedehnt wird, mithin also auch wirklich der versprochenen Uebergang zur völligen freien Getreidewirtschaft bedeuten wird. Um in dieser Beziehung Beruhigung in die durch das Umlageverfahren schwer enttäuschte Landwirtschaft zu tragen, wird die Regierung ersucht, nach der diesjährigen Herbstbestellung die völlige Beseitigung der Zwangswirtschaft für Getreide mit dem Erntejahr 1922/23 gesetzlich festzulegen. Die Möglichkeit höchster Produktionssteigerung muß der deutschen Landwirtschaft endlich wieder zurückgegeben werden.

Die „Deutsche Tageszeitung" teilt mit, daß die Bekanntgabe der Preise, welche für das im Umlageverfahren zu erfassende Getreide zu bezahlen sein werden, für die nächsten Tage zu erwarten sei. Es sollen danach für Weizen 2300 Mark, für Roggen 2100 Mark, für Gerste 2000 Mark und für Hafer 1800 Mark bezahlt werden.

Rhein-Donau—Nordsee-Schwarzes Meer

Der bayrische Ministerpräsident v. Kahr begrüßte in München die Tagung der Interessenten der Rheinschiffahrt aus Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Ungarn und der Schweiz. Der Ministerpräsident wies auf die internationale Bedeutung der Unternehmung hin, die Stromgebiete des Rheins und der Donau miteinander zu verbinden und damit auch die Verbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer herzustellen. Er erklärte, daß das Bayernland vor eine wichtige Wirtschaftsaufgabe gestellt sei, gelte es doch, das seit Jahren erkannte Ziel, den Rhein mit der Donau, die Nordsee mit dem Schwarzen Meer durch einen direkten Schiffahrtsweg zu verbinden und zugleich die im Zuge der Schiffahrtsstraßen liegenden Wasserkräfte auszunutzen. Es seien 358 Pferdekräfte mit zwei Millionen Kilowattstunden jährlicher Leistung zu gewinnen, eine Riesensumme elektrischer Kraft, die den ganzen Strombedarf des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes und weitere Gebiete für alle Zeiten von der Kohlennot befreien könnte.

Abwehrmaßnahmen zur Verhütung von Schlagwetter- u. Kohlenstaubexplosionen im Steinkohlenbergbau.

Im roten „Tag" ist unter dieser Ueberschrift ein längerer Aufsatz erschienen, der der allgemeinen Beachtung wert ist, da der Verfasser, Bergrat Heinrich, sich bemüht, der großen Masse der Unbeteiligten und Nichtfachleuten in großen Umrissen einen Ueberblick über alles das zu gewähren, was von berufener Stelle, von Technik, Wissenschaft und Praxis, sowohl wie von seiten der Bergbehörden geschehen ist, um die Schlagwetter und Kohlenstaubexplosionen im Steinkohlenbergbau möglichst einzuschränken.

Die Frage, was ist bisher von berufener Seite geschehen und was geschieht noch, um solche Katastrophen zu verhüten oder ihre verheerenden Wirkungen wenigstens abzuschwächen, beantwortet der Verfasser mit Belegen und führt zunächst die mühevolle und auf reichem Erfahrungsmaterial aufgebaute Arbeit der Behörden an, wie sie in den Bergpolizeiverordnungen und der Aufsichtstätigkeit von Oberbergämtern und Bergrevierbeamten zum Ausdruck kommt. Hand in Hand damit arbeiten auch die Bergbautreibenden selbst im Interesse und zum Wohl der Arbeiter. Weiterhin sind unsere wissenschaftlichen Bildungsanstalten und Forschungsinstitute, vor allem die in mustergültiger Weise ausgestalteten sogenannten Versuchsstrecken, dauernd bestrebt, die Sicherheitseinrichtungen zu vervollkommnen. Neuerdings versucht man gerade im rheinisch-westfälischen Bergbau durch belehrende Lichtbilder- und Filmvorträge von berufenen Vertretern aus Wissenschaft und Praxis den Bergmann über die mennigfachen Gefahren des Grubenbetriebes zu belehren. Auch an Anregung und großzügiger Bereitstellung von Geldmitteln, die Erfindertätigkeit auf diesem Gebiete anzuspornen, hat es nicht gefehlt.

Aus den Mitteilungen über die Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen ist zu bemerken, daß nach der Statistik der letzten 20 Jahre in Preußen erheblich mehr als die Hälfte aller vorgekommenen Explosionen auf den Gebrauch der Sicherheitslampe, dagegen fast ein Viertel der Gesamtheit auf die im Betriebe der Steinkohlenbergwerke unentbehrliche Schießarbeit zurückzuführen ist. Trotz aller Vervollkommnungen der Sicherheitslampen, wie u. a. Anbringung doppelter Drahtkörbe, Verbesserung der Zündung, Einführung von Elektromagnetverschlüssen, gewährt die gegen Schlagwetter eine unbedingte Sicherheit nicht. Neuerdings hat man mit der Einführung der elektrischen Grubenlampe begonnen, die zwar die Gewähr nahezu unbeschränkter Schlagwettersicherheit bietet, jedoch keine Schlagwetteransammlung anzuzeigen vermag. Die Benzinsicherheitslampe ist bis zum heutigen Tage noch das einzige brauchbare Mittel in der Hand des Bergmanns, Schlagwetter zu erkennen. Alle anderen Versuche, eine brauchbare, mit zuverlässigem Wetteranzeiger versehene Grubenlampe herzustellen, sind trotz der Ausschreibung hoher Preise bisher ergebnislos verlaufen.

Was nun die auf die Schießarbeit zurückzuführenden Schlagwetterexplosionen betrifft, so bieten auch in dieser Hinsicht die Bergpolizeiverordnungen — vor allem für die Steinkohlengruben im Oberbergamtsbezirk Dortmund — weitgehende Sicherung. Erwähnt seien hier nur kurz folgende Anordnungen. Die Schießarbeit darf nur durch besonders angestellte zuverlässige Personen — sog. Schießmeister — ausgeübt werden. An Betriebspunkten, an denen Schlagwetteransammlungen festgestellt worden sind, darf überhaupt nicht geschossen werden. Die Schießarbeit in der Kohle ist nur mit sog. Sicherheitssprengstoffen gestattet, unter der Voraussetzung, daß der etwa vorhandene Kohlenstaub unschädlich gemacht ist. Außerdem wird der Sprengstoff, bevor er zur Benutzung in der Grube freigegeben wird, auf den Versuchsstrecken sowohl der Sprengstoff-Fabriken als auch der verschiedenen Bergbaubezirke auf seine Schlagwetter- und Kohlenstaubsicherheit sorgfältig geprüft. Bei Verfolgung aller bergpolizeilichen Vorschriften beim Schießen mit Sprengstoffen dürften Unfälle durch Entzündung von Schlagwettern und Kohlenstaub praktisch ausgeschlossen sein.

An allen Arbeitspunkten, vornehmlich natürlich vor Kohle, sammelt sich in überaus feiner Form in mehr oder weniger großen Mengen Kohlenstaub, der sowohl für sich wie auch im Zusammenhang mit Schlagwetter-Explosionen hervorzurufen vermag. Gerade durch das Hinzutreten von Kohlenstaub werden die Schlagwetterexplosionen noch ganz außerordentlich verstärkt. Durch Berieselung, d. h. Befeuchtung, macht man bisher den Kohlenstaub unschädlich; neuerdings verwendet man auch in zunehmendem Maße Gesteinsstaub als Niederschlagungsmittel. Man hat bisher mit diesen Mitteln gute Erfolge erzielt.

Da vielfach ganz unberechtigte Vorwürfe gegen die Bergbehörde erhoben worden sind, zumal auch wieder neuerdings bei dem Grubenunglück auf Zeche Mont Cenis, so sei obigen, nur die fachlichen Momente berücksichtigenden Ausführungen des Verfassers noch die Bemerkung hinzugefügt, daß die Beaufsichtigung des Betriebes und die Untersuchung der Unglücksfälle nicht nur in Händen von akademisch vorgebildeten Beamten liegt, sondern daß daran die aus den Kreisen der Angestellten entnommenen Einfahrer und auch die Arbeiter selbst schon seit Jahren beteiligt sind; in den letzten Jahren ist noch die Einrichtung der Betriebsräte hinzugekommen.

Weitere Nachrichten.

— **Postunterschlagungen durch französische Posttontrolle.** Die „Kreuzzeitung" teilt ein Schreiben des Festausschusses für die Sonnwendfeier in Daun mit. Aus diesem Schreiben ergibt sich, daß die am 19. Juni über Frankfurt geleitete Wiesbadener Post durch die französische Posttontrolle sehr eingehend geprüft wurde. Dabei wurden alle Briefe, die Berichte über die Sonnwendfeier für deutsche Zeitungen enthielten, zurückbehalten. Jedenfalls seien diese Briefe bis jetzt noch nicht den Adressaten zugegangen. Leider kommen nur in den seltesten Fällen derartige postalische Schnüffeleien der französischen Besatzungsbehörden an die Oeffentlichkeit. In Wirklichkeit sind diese Briefschnüffeleien sehr zahlreich und werden in vielen Fällen der französischen Spionage nutzbar gemacht.

— **Zu dem Attentat auf Herzog Albrecht von Württemberg.** Aus Leutkirch wird gemeldet, daß der 26jährige Tagelöhner Josef Gleißner unter dem Verdacht verhaftet worden ist, den Anschlag auf den Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg und den Fürsten Erich von Zeil verübt zu haben. Er leugnet hartnäckig.

— **Große Gepäckdiebstähle im Hamburger Hauptbahnhof.** Bei der Gepäckabfertigungsstelle im Hamburger Hauptbahnhof verschwanden in den letzten Jahren zahlreiche wertvolle Gepäckstücke aus den Lagerräumen. Nach vielen vergeblichen Bemühungen ist es jetzt endlich der Untersuchungsstelle beim Eisenbahnverkehrsamt Hamburg gelungen, einen großen Teil der Täter zu ermitteln. Es handelt sich um das bereits vor einiger Zeit aus dem Eisenbahndienst entlassene Betriebsratsmitglied, den Gepäckträger R., der, solange er noch im Dienste war, selbst die Gepäckstücke entwendet und verschoben hat, und nach seiner Entlassung diese Tätigkeit mit Hilfe eines zweiten Betriebsratsmitglieds fortsetzte. Beide fanden einen willigen Abnehmer für die gestohlenen Sachen in dem Kaufmann H., der mehrere Reisende beschäftigte, daneben aber Erwerbslosen-Unterstützung bezog. Die Täter wurden verhaftet. Ein großer Teil der Koffer und auch ein namhafter Teil des Inhalts konnte wieder herbeigeschafft werden.

— **Auf dem Schützenfest erschossen.** In Salzwedel wurde während eines Schützenfestes die 36jährige Schneiderin Schulz von einem Unbekannten durch einen Pistolenschuß ins Herz getötet. Die Frau stand mit ihren Verwandten vor einer Luftschaukel, als plötzlich ein Schuß krachte, der die Schulz traf. Umstehende hatten zwar den Feuerstrahl, aber nicht den Täter bemerkt. Die Kugel war in den Rücken gedrungen und hatte sofort den Tod herbeigeführt. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

— **Ein blutiger Kampf auf der Polizeiwache.** In Neisse wurde unter dem Verdacht eines Raubmordes ein Mann auf der Polizei eingeliefert, der von dem Kriminalbeamten Nowak vernommen wurde. Als der Beamte den Verhafteten fragte, ob er eine Waffe bei sich habe, sagte dieser: „Ja, eine Kleinigkeit." In demselben Moment riß er einen Revolver hervor und schoß den Beamten nieder. Ein zweiter Beamter wollte auf den Mörder zuspringen und rief um Hilfe. In diesem Augenblick richtete sich der sterbende Kriminalbeamte mit letzter Kraftanstrengung empor, feuerte aus seinem Dienstrevolver auf den Verhafteten und streckte ihn mit einem Schuß tot nieder. Einen Augenblick später starb Nowak.

*

Kleine Nachrichten.

Nach einer Reutermeldung aus Wladiwostok vom 2. 7. hat die vorläufige Regierung in Wladiwostok eine Verschwörung Semenoffs entdeckt. Eine Anzahl seiner Offiziere soll verhaftet worden sein. General Semenoff sei von Grodekow nach Charbin geflüchtet. Seine Streitkräfte sollen sich auflösen.

Der „Intransigeant" veröffentlicht Einzelheiten über das Abkommen, das zwischen den deutschen und den französischen Delegierten fertiggestellt worden ist. Es handelt sich um Warenlieferungen und Rohmaterialien im Werte von 15 Milliarden. Außerdem kommt der Ankauf von 500 deutschen Lokomotiven und 25 000 Eisenbahnwaggons in Frage.

Staatssekretär Bergmann hat die Absicht, nach Erledigung der jetzt von ihm behandelten großen Aufgaben aus dem Staatsdienst auszuscheiden. Für den Fall, daß dies geschehen sollte, dürfte seine Wahl zum Aufsichtsrat der Deutschen Bank erfolgen.

„Daily Telegraph" meldet, daß jetzt das gesamte Mittelmeergeschwader in den türkischen Gewässern konzentriert.

In Madrid ist das Ministerium zurückgetreten. Der König hat ihm das Vertrauen bestätigt.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 6. Juli. (Was geht den Amputierten verloren?) Ein Beinamputierter schreibt uns: Zeit ist Geld! Wer Zeit verliert, dem geht Geld verloren. Wem ginge wohl mehr Zeit verloren als den Amputierten, die doch an Beweglichkeit so sehr verloren haben? Ein Amputierter läuft über eine Strecke Weges zwei- bis dreimal so lange als ein gesunder Mensch. Dabei ermüdet er in einem Maße, wie es sich ein anderer gar nicht vorzustellen vermag. Um diese Ermüdung zu vermeiden, sucht er Fahrgelegenheit, und er fährt auch auf kleineren Strecken, wo es einem anderen niemals einfallen würde, dafür Geld auszugeben. Die Anstrengung des Gehens treibt dem Amputierten bei längerem Gehen den Schweiß aus allen Poren, was selbst im Winter geschieht, und natürlich auf die Gesundheit von nachteiliger Wirkung ist. Außerdem hat dadurch die Wäsche sehr zu leiden, und durch die Reibung der Riemen, die das Kunstbein halten, wird sie noch mehr in Mitleidenschaft gezogen. Man kann annehmen, daß ein Amputierter dreimal so viel Wäsche braucht, wie ein gesunder Mensch. Auch der Verschleiß der anderen Bekleidung, zumal der Hosen, durch die Reibung an den Leder-, Holz- und Metallteilen des künstlichen Gliedes, darf nicht unterschätzt werden. Die Erholungsmöglichkeiten des Amputierten sind sehr gering. Was ein gesunder Mensch Erholung zu nennen pflegt, Spaziergang, Baden und andere sportliche Betätigung, ist ihm entweder unmöglich oder nur neue Anstrengung. Und gerade die frische, duftige Waldesluft, die Kühle des Bades wäre die natürlichste und notwendigste Erholung für Körper und Geist. Statt dessen ist der Amputierte vielfach ans Haus gebunden, und kann die Schönheiten der Natur nicht genießen, da ihm vor der neuen Anstrengung graut. Aber wenn auch uns Amputierten fast überall unser Leiden ein gebieterisches „Halt!" entgegenruft, wir halten doch den Kopf aufrecht! Wann aber wird die große Masse endlich lernen, uns richtig zu verstehen, und richtig, d. h. achtungsvoll zu behandeln?

Winkelmann Rauchtabake
sind die besten und beliebtesten.

Portorico Nr. 2
ist in alter Qualität
wieder zu haben. 7780

HANS DOLLE
Tabakwaren-Großhandlung
Fernruf Nr. 2. **KAMEN.** Markt Nr. 16.

Möbelhaus
W. Hagemeier jr.
Unna—Kamen.

Empfehle in grösster Auswahl:

Küchen u. Schlafzimmer, Speise- und Herrenzimmer, Bettstellen, Kommoden, Waschkommoden, Kleiderschränke, Nachtkonsolen, Sofas in Plüsch, Gobelin und Leder, sowie Chaiselongues äusserst preiswert. 3025

Auf Wunsch Teilzahlung.

Auf alle bis zum 1. August gekauften Waren gewähre ich einen Sonderrabatt von 5 Prozent.

Bergkamen! Overberge!

Oeffentliche Mieterversammlung

als Protest gegen die geplanten Mietserhöhungen am **Freitag abend 8 Uhr** in der Schützenheide.

Tüchtiger Referent zur Stelle.

Allseitiges Erscheinen, besonders der Frauen, ist unbedingt erforderlich. 3058

Die Einberufer.

Kranke Frauen Männer

welche bisher keine Hülfe fanden, versuchen Sie mein **komb. Heilverfahren** bei
Beinschäden als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren, geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln, **Hautleiden,** jeder Art Flechten, Krätze, Hautverdickung, Hautschrunden, Hühneraug n usw.
Frauenkrankheiten, Blutarmut, Bleichsucht, Nerven-, Magen-, Darm- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wassersucht, Krämpfe (Fallsucht).
Bandwurm, Spul- und Madenwürmer werden in 2 Stunden schmerz- und gefahrlos entfernt.
Bruchleiden werden operationslos nach dem Dr. Reimannschen Heilsystem behandelt.

Nieweis Naturheilinstitut Dortmund,
Liebfrauenstraße 20 an der Liebfrauenkirche.
Aeltestes Institut am Platze. Keine Dankschreibenreklame.
Sprechstunden täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr, Sonntags nur vormittags. p80

Bekanntmachung.

Gemäß Artikel 2 der Ausführungs-Anweisung zur Polizei-Verordnung, betr. die Körung der Zuchthengste vom 3. Dezember 1911 werden die Hengstbesitzer aufgefordert, ihre Hengste zur Körung bis zum 1. August 1921, nach dem nachstehenden Muster bei der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen in Münster (Westf.) Schorlemerstraße 6, anzumelden.

Der Anmeldung ist ein Abstammungsnachweis (Fohlenschein), sowie eine Anmeldegebühr von 30 Mark beizufügen. Ich weise besonders darauf hin, daß der Abstammungsnachweis unbedingt mit der Anmeldung eingesandt und die Anmeldegebühr gleichzeitig mit Postanweisung an die Hauptkasse der Landwirtschaftskammer eingesandt werden muß.

Nach § 8 der vorbezeichneten Polizeiverordnung wird für jeden Einzelfall mit einer Geldstrafe von 30 bis 60 Mark bestraft, wer seinen nicht angekörten Hengst zum Decken oder Probieren benutzen läßt.

An Stelle der örtlichen Hengstkörtermine findet auch in diesem Jahre die Zentralkörung der Hengste in Warendorf nebst einem Nachkörungstermin statt. Für die Zentralkörung ist der 9. und 10. November 1921 in Aussicht genommen. Die Nachkörung findet voraussichtlich **Mittwoch, den 4. Januar 1922.** statt.

Anmeldung zur Körung:

Laufende Nr.	Bezeichnung des Hengstes: Name, Farbe und Abzeichen	Abstammung	ob Vollblut, Edelzucht oder Arbeitsschlag	Größe Stockmaß m	Größe Stockmaß cm	Alter Jahre	Name des Besitzers, Wohnort, Kreis	Ort, wo der Hengst aufgestellt werden soll	Höhe des Deckgeldes	Bemerkungen

Hamm (Westf.), den 30. Juni 1921.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hamm (Westf.)
p3037 **Der Vorsitzende:** J. V.: v. Campe
Regierungs-Assessor.

Ziegenzucht-Verein Kamen.

Sonntag, den 10. Juli nachm. 2 Uhr p3052

General-Versammlung

Bericht über die Ausstellung in Heeren, Verschiedenes.

Um vollzähliges u. pünktliches Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand.

+ Frauen +

duschen, hygienische und kosmetische Artikel
zur Gesundheits- und Schönheitspflege
liefern billigst 3048

Bendin & Co.,
Dortmund, Schleswigerstr. 14.
Interessenten erhalt. Preisliste gratis und franko.

Schweine

zu verkaufen. ?3050
Zirka 100 Pfd.

Kaiserau,
Springorumstraße 58.

Wollen Sie wirkungsvolle
künstlerische Plakate
zum Aushang bringen? — Dann wenden Sie sich an die
Druckerei der Kamener Zeitung
Kamen.

Maurer

gesucht. ?3005
Schacht Grimberg, Bergkamen.
Fahr- und Landgeld wird evtl. vergütet.

Aug. Weber,
Dortmund.

Schmiedelehrling

gesucht. ?3053

F. Heckmann, Kamen.

Tüchtiges
Dienstmädchen
bei gutem Lohn gesucht. Zweitmädchen vorhanden. p3040

Weststraße 60.

Eine
Metzgerkarre
zu verkaufen. h3042
Näheres i. d. Geschäftsstelle d. Kamener Zeitung.

Drei Monteure suchen in besserem Hause 3029

möbl. Zimmer

mit voller Pension. Ein Zimmer mit 2 Betten.

Näheres **Weißestr. 21.**

Verloren eine p3044
Granatbrosche
auf dem Wege von Breiten nach Husen. Gegen Belohnung abzugeben.
Wirtschaft
Stoltefuß in Breiten.

3051
Achtung!
Freitag u. Samstag
prima frisches, fettes
Fleisch.
Heinr. Jühe,
Kamen, Schillstr. 1
Telephon 274.

Pferde-, Wagen- und Ackergeräte- etc. Verkauf Kamen.

Montag, den 11. d. Mts, morg 9 Uhr, verkauft Frau Wwe. Landwirt Fr. Grevel, hier, an ihrer Besitzung, Kämerstraße Nr. 12, wegen Aufgabe der Landwirtschaft folgende Gegenstände, als:

1 braunen Wallach, 1 dreizöll. Ackerwagen nebst Mittelbrett, Flächen, Ernteleitern, 1 Kastenwagen, 2 Sommerwagen (8 u. 10 sitz.), 1 Vorderpflug, 2 Dreischar, 2 Pflüge, 2 hölz., 1 eis. Egge, ferner 1 Viehfuttertopf, 1 Schneidebank, 1 Wannemühle, 1 Schleifstein, 1 Bindebaum, 1 Erntetau, mehrere Ketten, Schwengel u. sonstige Feldgeräte, durch Unterzeichnete öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Kamen. 3043

Reinhard Gerdts,
Auktionator.

Siegellack

in guter Qualität
: : empfiehlt : :
Buchdruckerei der
Kamener Zeitung.

Für ehemalige Kriegsgefangene.

Diejenigen ehemaligen Gefangenen, die noch keinen Antrag auf Löhnungsnachzahlung (Löhnungsbeihilfe) und auf Entschädigung für bei Gefangennahme abgenommene Gegenstände und Barsummen gestellt haben, mache ich darauf aufmerksam, daß die Anträge bis spätestens Samstag, den 9. Juli ds. Js., auf dem Amtsbüro in Unna, Hansastraße, Zimmer Nr. 2, gestellt sein müssen. Antragsformulare sind vorrätig.

Für die Gewährung von Löhnungsbeihilfen kommen in Betracht:

1. diejenigen ehemaligen Kriegsgefangenen, die einen Antrag nach dem 30. März 1920 gestellt haben, deren Anspruch aber wegen Fristversäumnis abgelehnt worden ist,
2. solche ehemalige Kriegsgefangene, die glaubhaft nachweisen können, daß ihnen die Bestimmungen über Nachzahlung der Löhnungsbeihilfen usw. durch die Durchgangslager oder von anderen Behörden nicht bekanntgegeben worden sind, und
3. können solche Anträge, die deshalb neu gestellt werden, weil sie z. Zt. wegen Nichtbeibringung von Schuldscheinen abgelehnt wurden, in Ausnahmefällen einer Nachprüfung unterzogen werden.

Für die Gewährung einer Entschädigung für bei Gefangennahme abgenommene Gegenstände und Barsummen kommen nur diejenigen Heimkehrer in Frage, deren Antrag nachweislich wegen Fristversäumnis abgelehnt ist.

Unna, den 5. Juli 1921.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Bekanntmachung.

Abänderung des § 2 der Verordnung betr. die Bestrafung der Schulversäumnisse und die zwangsweise Zuführung zur Schule vom 15. Februar 1907.

Auf Grund des § 11 Abs. 2 der Regierungs-Instruktion vom 23. Oktober 1817 und in Ausführung des § 48 Titel 12 Teil II des allgemeinen Landrechts verordnen für den Umfang des Regierungsbezirks Arnsberg was folgt:

1. Der § 2 der Verordnung betr. die Bestrafung der Schulversäumnisse und die zwangsweise Zuführung zur Schule vom 15. Februar 1907 erhält folgende Fassung:

Wird die Schule ohne genügenden Grund versäumt, so werden die im § 1 bezeichneten Personen, falls ihnen eine vorsätzliche oder fahrlässige Unterlassung der Sorge für den Schulbesuch zur Last fällt, für jeden Tag, an dem eine Schulversäumnis stattgefunden hat, mit einer Geldstrafe von 2 Mark bis zu 12 Mark und, wenn diese nicht beigetrieben werden kann, mit Haft von 1 Tag bis zu 3 Tagen bestraft.

2. Diese Abänderung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung durch das Regierungsamtsblatt in Kraft. 3047

Arnsberg, den 15. Juni 1921.

Regierung,
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.
U. 2. Nr. 2950:
Nobiling.

Weitere Nachrichten.

— **Wilhelm I. und Napoleon III.** Ueber die Unterredung zwischen König Wilhelm von Preußen und dem Kaiser Napoleon nach der Schlacht bei Sedan ist jetzt der authentische, vom Könige selbst niedergeschriebene Bericht veröffentlicht worden. Der Kaiser rühmte darin die wunderbare Disziplin und die Leitung der französischen Armee, worauf der König auch die Haltung der franz. Truppen pries. Der Kaiser antwortete trübe, daß es nur zu sehr an der Disziplin gefehlt habe. Er beklagte auch die fortwährende Einmischung der Pariser Regierung in die militärischen Operationen. Er bejahte auch auf eine Frage des Königs, daß er selbst den Krieg nicht gewollt habe, aber die öffentliche Meinung sei stärker gewesen, als er. Der König wies darauf hin, daß die französische Regierung die Zeitungen zur Kriegsschürerei animiert habe. Seitdem er, der König, das erkannt habe, sei ihm klar gewesen, daß der Kaiser um seinen Thron und seine Dynastie spiele. Der Wunsch zu dieser Unterredung, die in französischer Sprache stattfand, obwohl der Kaiser geläufig deutsch sprach, war von Napoleon ausgegangen. Sie fand ohne jeden Zeugen statt. Zum Beginn und zum Schluß reichten sich die beiden Fürsten die Hand.

— **Arbeiterentlassung wegen Arbeitsmangel.** In Bremen kamen auf der Werft der A.-G. Weser 900—1000 Arbeiter zur Entlassung wegen nicht mehr ausreichender Aufträge. Die Werftleitung nimmt bei den Entlassungen soviel als möglich auf Familienernährer Rücksicht. Die angeregte Streckung der Arbeit, die auf große Schwierigkeiten stößt, bildet noch Gegenstand von Verhandlungen.

— **Angestellten- und Beamtenstreik im besetzten Gebiet.** Ein Streik der Angestellten und Beamten im Ruhrbergbau droht in der nächsten Zeit auszubrechen. Der Streik dreht sich um den rechtsrheinischen Tarif des Ruhrkohlenbergbaus, dem man seitens der Angestellten auch für das Ruhrrevier Geltung verschaffen will. Die Arbeitgeber verhalten sich dieser Forderung gegenüber ablehnend. Der Spruch des Schlichtungsausschusses ist von den Angestellten abgelehnt worden. Auch die Verhandlung mit der Interalliierten Rheinlandskommission sind ergebnislos verlaufen. Die binnen kurzem stattfindende Urabstimmung wird die Entscheidung über die Streikfrage bringen.

— **Die Leiche im D-Zug.** Im D-Zug Berlin—Köln wurde die Leiche eines etwa 48 Jahre alten Mannes im Waschraum erhängt aufgefunden. Man fand bei dem Toten einen Zettel mit folgenden Abschiedsworten: „Liebe Hanna! Urteilen soll man erst, wenn man beide Parteien gehört hat; das merke Dir für die Zukunft. — Ich gehe, da Liese auf das Zureden Karls nicht anders handeln konnte. Möchte ihnen beiden in dauerndem Frieden ihr Glück beschieden sein. Lebe wohl, Max." Der Tote, der vermutlich aus Berlin stammt, ist 1,70 Meter groß, hat blondes Haupt- und Schnurrbart-Haar, hohe Stirn, längliches Gesicht, große Ohren, große Füße und Hände. Er trug einen braunen Anzug.

— **Geheimnisvolles Verbrechen.** In später Abendstunde des Sonnabends fand man im Hause der Schlüterstraße 62 in Hamburg einen Mann mit zerschmettertem Schädel bewußtlos liegend auf. An Hand der in der Brieftasche befindlichen Papiere konnte festgestellt werden, daß es sich um einen Seemann von dem im Hafen liegenden amerikanischen Dampfer „Mongolin" handelt. In der Brieftasche fand man außerdem Papiere und einen bedeutenden Geldbetrag, so daß, wenn man schon an ein Verbrechen glauben will, ein Raubmord ausgeschlossen ist. Durch die Polizei wurde der nur noch schwach röchelnde Mann in das Hafenkrankenhaus gebracht, wo er bald darauf, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstarb.

— **Amerikanischer Dampfer gesunken.** Nach einer Lloydsmeldung ist der amerikanische Dampfer „Mapany", 3545 To., im Schwarzen Meer auf eine Mine gestoßen und gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

— **Eine dänische Flugzeugfabrik niedergebrannt.** Die große Kopenhagener Flugzeugmaschinenfabrik von Nielsen und Winther ist vollständig niedergebrannt. Drei Flugzeuge und viele Automobile sind zerstört worden. Der Schaden wird auf zwei Millionen Kronen geschätzt. Das Feuer ist wahrscheinlich durch eine fortgeworfene brennende Zigarre entstanden. Es wurde festgestellt, daß mehrere Mechaniker trotz des polizeilichen Verbotes beim Reinigen der Flugzeuge geraucht haben.

— **Die Weltstadt.** Eine große internationale Weltstadt zu schaffen, ist ein an und für sich schon so alter Plan, daß es kaum Aufsehen verdiente, wenn jetzt ein in Rom hausender Amerikaner mit diesem Plan wieder aufs neue aufwartet. Den Reiz der Neuheit hat nur der Gedanke, der dem anscheinend an Milliarden gewöhnten Amerikaner bei der Weltstadtidee gekommen ist, eine völlig neue Stadt irgendwo auf der alten oder neuen Welt zu bauen und sie als „Weltstadt" zu proklamieren. Diese internationale Weltstadt soll nur der Gemeinschaft der Völker dienen und die für internationale Verwaltungs- und Wohlfahrtszwecke erforderlichen Bauten enthalten, z. B. eine internationale Bank, ein internationales Pressepalais, eine internationale Handels- und Arbeitskammer, ein Gebäude für internationale Gesundheitspflege, Regierungsgebäude usw. Um diesem Weltstadtplan, dem ein guter Gedanke zu Grunde liegt, überall zur Anerkennung zu verhelfen, soll jetzt eine umfassende Propaganda stattfinden. Die Kosten der Weltstadt veranschlagt man auf etwa 500 Millionen Dollar. Verschiedene Regierungen haben den Plan schon freudig begrüßt, so der Papst, Belgien und Griechenland.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 7. Juli. **Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund** Ortsausschuß Kamen. In der am Sonntag stattgefundenen Sitzung gab zunächst der Vorsitzende Bericht über das am 28. August geplante Gewerkschaftsfest. Beschlossen wurde, ein Festbuch herauszugeben, und sollen hierfür Erkundigungen eingeholt werden; alles Weitere wurde dem Festausschuß überlassen. Auf die in letzter Sitzung beschlossene Eingabe an den Wirteverein zwecks Herabsetzung des Bierpreises ging dem Ortsausschuß folgende Antwort zu: „Antwortlich Ihrer werten Zuschrift vom 27. v. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir in unserer Sitzung vom 1. Juli beschlossen haben, das Glas Bier zu 1,75 Mark zu verkaufen." Der Preis von 2 Mark pro Glas war nur vorläufig festgesetzt, weil seitens der Brauereien der Bierpreis noch schwankte (folgt Unterschrift.) Hiermit wäre diese Sache im Sinne des Ortsausschusses erledigt, es den Konsumenten liegt es nun, dafür zu sorgen, daß dieser Preis auch seitens der Wirte eingehalten wird. Lebhaft bedauert wurde alsdann, daß in der Stadt keine Bade-Gelegenheit vorhanden ist. Durch die in letzter Zeit eingesetzte rege Bautätigkeit (Siedlungsbauten, Seekeregulierung) hat sich ein starker Zuzug fremder Arbeiter erforderlich gemacht, dieser ist nun keine Gelegenheit gegeben, zumal bei dieser Jahreszeit, ihren Körper der so nötigen Reinigung zu unterziehen. Die Zechenverwaltung verweigert diesen Arbeitern das Waschen in der Mannschaftskaue, welches wohl lediglich auf die dort vorgekommenen Diebstähle zurückzuführen ist. Es soll nunmehr die soz. Fraktion beauftragt werden, bei der Stadtverwaltung anzufragen, ob es sich nicht möglich machen läßt, bei irgend einem städtischen Betriebe (Gasanstalt) einige Brausebäder einzurichten, damit auch diesen Arbeitern eine Körperreinigung möglich ist, ohne nach auswärts zu fahren. Erwähnt wurde hierbei noch, daß unsere Nachbargemeinde Bergkamen in dieser Sache schon weiter sei als Kamen. Nachdem man noch einige interne Angelegenheiten besprochen hatte, fand die Sitzung ihr Ende.

Wie lese ich Karten? Einführung in das Verständnis und den Gebrauch topographischer Karten für Wanderungen von Oberlandmesser E. W. Schmidt. Bonn 1921. Verlag Wilhelm Stollfuß. Unter diesem Titel ist ein neues Schriftchen erschienen, welches sich mit besonderen Vorzügen den schon bestehenden Einführungen in das Verständnis und den Gebrauch topographischer Karten zugesellen darf. Der Verfasser hat nicht nur in seiner beruflichen Tätigkeit als Oberlandmesser die Autorität, den Stoff treffend zu behandeln, sondern hat auch Gelegenheit gehabt, im Kriege als Truppenführer den Wesenskern der Kartenkunde praktisch zu erproben. Neben klarer Gliederung des Inhalts zeichnet das Schriftchen die vortreffliche Wahl schöner Kartenbeispiele aus, so daß dem Wanderer ein wirklich gediegenes Hilfsmittel in die Hand gegeben wird, die Marschkarte mit Verständnis zu lesen und nützlich anzuwenden. Auch die sonstigen Textfiguren und der Druck wie das Papier, sind von besonderer Güte. Wir sind gewiß, daß dieses Bändchen die verdiente große Verbreitung finden wird.

Briefkasten.

Abonnent Bergkamen. Der Vermieter hat die Lasten und Reparaturen zu tragen, die durch den gewöhnlichen Gebrauch der Wohnung, zu dem auch das Klosett gehört, entstehen. Für den entstandenen Schaden könnten Sie ersatzpflichtig gemacht werden, wenn Ihnen ein Verschulden nachgewiesen ist oder Sie denselben dem Vermieter nicht sofort angezeigt haben.